



Solidarität ist gefragt!

Es ist unerträglich, wenn Nazis und Rassist*innen gegen Flüchtlingsunterkünfte hetzen. Auch im Allende-Viertel machen NPD und andere Stimmung gegen die neue Container-Unterkunft. »AllendeAktuell« informiert über die Geflüchteten, ihre Lebensbedingungen und die rassistische Hetze, aber auch über Möglichkeiten sich für eine Willkommenskultur zu engagieren. Bereits jetzt gibt es viele Anwohner*innen, die sich für ein solidarisches Miteinander einsetzen und die vor Krieg, Hunger und Vertreibung Geflüchteten Willkommen heißen. Zeigen wir gemeinsam, dass Rassismus hier keinen Platz hat!

Kerstin Gießler, Schulleiterin Flatow-Oberschule

»Aufgeschlossene Rückmeldungen von Schülern, Eltern und Lehrkräften geben mir das Gefühl, dass wir das nicht nur schaffen, sondern diese Herausforderung sogar gut meistern können.«

Christian Arbeit, 1. FC Union Berlin

»Der 1. FC Union unterstützt eine Willkommenskultur für Flüchtlinge im Allende-Gebiet, denn er ist in seinem Handeln demokratischen und humanistischen Grundrechten verpflichtet.«

Dr. Johanna Hambach, Vors. Seniorenvertretung TK

»Die Asylsuchenden brauchen Menschlichkeit, denn sie haben Unmenschliches erfahren, vieles verloren und suchen hier Geborgenheit. Die können wir ihnen geben.«

Was gehen uns Flüchtlinge an?

Menschen die nach Deutschland fliehen, müssen sich immer wieder die Frage gefallen lassen, „was sie denn hier zu suchen hätten“. Dabei gibt es viele Gründe zu fliehen und an vielen Ursachen ist Deutschland maßgeblich beteiligt.

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Und anders, als gern angenommen, werden diese Waffen nicht nur an Rechtsstaaten geliefert. In fast jedem bewaffneten innerstaatlichen Konflikt auf der Welt tauchen deutsche Waffen auf. Oftmals laufen die Waffenlieferungen über Drittstaaten. Dies war allen Bundesregierungen klar und ist auch der Waffenindustrie bewusst. So wurde beispielsweise der Sudan mit deutschen Waffen überschwemmt. Und gegenwärtig töten deutsche Waffen in diesem Land, das durch den Genozid in der Region Darfur mit über 300.000 Toten schon genug Elend erlebt hat, immer noch jeden Tag Menschen. Aber Deutschland beliefert auch augenscheinlich lupenreine Demokratien mit Produkten, die Fragen aufwerfen. So gingen deutsche Kriegswaffen an die mexikanische Polizei, die diese im eigenen Land einsetzt.

Neben massenweise kleinen Waffen liefert Deutschland aber auch Kampfpanzer, wie zum Beispiel an die Diktatur in Saudi-Arabien. Was das dor-

tige Regime damit anstellt, konnte man im Jahr 2011 in Bahrain sehen, als saudische Truppen mit Panzern gegen die Protestbewegung des Arabischen Frühlings vorgingen. In Saudi-Arabien sind auch regelmäßig Bundespolizist*innen im Auftrag des Rüstungskonzerns EADS unterwegs, um dortige bewaffnete Einheiten des Regimes auszubilden, in einigen Fällen haben diese schon als Zuschauer*innen bei Hinrichtungen teilgenommen.

DEUTSCHE WAFFEN, DEUTSCHES GELD ...

Aber nicht nur die Läufe von Pistolen und Gewehren lassen viele Menschen die Flucht ergreifen, auch andere deutsche Exportschlager tragen dazu bei. So ist Deutschland führend im Export von Überwachungstechnik, mit der Diktatoren ihre Bürger*innen ausspionieren und verfolgen. Solche Systeme waren beispielsweise für das Regime im Iran 2009 essentiell, um die Proteste junger Menschen gegen ihre Diktatur brutal niederzuschlagen.

Ein weiteres perfides Beispiel ist der Export chemischer Stoffe für Giftgas aus der Bundesrepublik, mit dem im syrischen Bürgerkrieg hunderte Menschen getötet wurden.

Und auch in ökonomischer Hinsicht ist Deutschland auf internationaler Ebene dafür mitverantwortlich, dass Menschen nichts anderes übrig bleibt, als ihre Heimat zu verlassen. Deutschland ist die mächtigste Wirtschaftsmacht in der Europäischen Union und zwingt in dieser Funktion „Entwicklungsstaaten“ einseitige Handelsbarrieren im Lebensmittelbereich auf. Den Volkswirtschaften der „Entwicklungsstaaten“ – und vor allem den Menschen, die darunter leiden – wird dadurch bewusst Schaden zugefügt. Deutschland leistet sich in diesem Zusammenhang üppige Agrarsubventionen, eine Folge davon ist zum Beispiel die übermäßige Milchproduktion. Überschüsse werden zu Milchpulver für den Export umgewandelt. Damit wird dann massiv der afrikanische Markt überschwemmt.

Durch die Subventionen sind die Preise für dieses Milchpulver so niedrig, dass es für afrikanische Landwirt*innen so gut wie unmöglich ist, zu gleichen oder niedrigeren Preisen Milch anzubieten. Die Folge ist, dass sie keine Möglichkeit haben unter ökonomischen Bedingungen zu produzieren und die erwirtschafteten Produkte dann auch zu verkaufen. Trotz fehlender Produktionseinnahmen sind afrikanische Landwirt*innen gezwungen, das stark subventionierte Milchpulver aus EU-Staaten zu erwerben. Der afrikanische Markt wird hier mit aggressiven Mitteln unterdrückt und klein gehalten. Das führt nicht nur zu einer konstanten Armut, sondern leistet dieser auch noch enorm Vorschub. Doch nicht nur Landwirtschaft wird damit fast unmöglich, europäische Fangschiffe fischen zusätzlich die afrikanischen Küsten leer.

Dadurch gibt es Menschen, denen nichts anderes übrig bleibt als zu flüchten, weil sie ihrer Lebensgrundlage beraubt wurden. Dass sich dann ausgerechnet

in dem Land, dessen Wohlstand diese Menschen zwangsweise überhaupt erst ermöglichen, darüber aufgeregt wird, dass sie nach Deutschland kommen, ist mehr als zynisch. Jede*r von uns würde wohl in der gleichen Situation genauso handeln und versuchen woanders ein besseres Leben für sich und die eigene Familie aufzubauen. Was die jeweilige Fluchtursache auch ist, sie hat immer einen ernsthaften Grund. Denn niemand verlässt freiwillig von heute auf morgen die eigene Heimat in eine ungewisse Zukunft. Flüchtlinge sind Menschen genau wie wir, lassen Sie uns in Zukunft genauer ihre Beweggründe verstehen und heißen wir sie willkommen.

IMPRESSUM

AllendeAktuell ist ein gemeinsames Projekt von antirassistischen und antifaschistischen Menschen aus Berlin-Köpenick.

Herausgeber

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Köpenick e.V.
Puchanstraße 12, 12555 Berlin
www.bda-koepenick.de

Chefredaktion (Vi.S.d.P.)

U. Meiser
Puchanstraße 12, 12555 Berlin

Bildredaktion

Theo Schneider

Kontakt

kontakt@bda-koepenick.de

Gestaltung & Satz

Florian Hirsch Projektarbeit

Druck

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Auflage: 10.000 Exemplare

AllendeAktuell dient ausschließlich Bildungs- und Informationszwecken. Die Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und formuliert. Für den Inhalt der Texte sind ausschließlich die Autor*innen selbst verantwortlich. In den Texten geäußerte Positionen stimmen nicht notwendigerweise mit denen des VVN-BdA Köpenick e.V. oder Autor*innen anderer Texte überein. Die Bildrechte liegen bei den Fotograf*innen. Die Verteiler*innen sind nicht identisch mit den Urheber*innen der Zeitung. Zur Gleichstellung aller Geschlechter-identitäten hat sich die Redaktion für die Verwendung des Sternchens („*) entschieden.

Mit freundlicher Unterstützung von:

Gefördert durch den Aktionsfonds des Lokalen Aktionsplans Treptow-Köpenick, finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend aus Mitteln des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN-KOMPETENZ STÄRKEN“.



WÜNSCHENSWERT

So kann die Zukunft aussehen ...

Wenn alle mitmachen – solidarisch und beherzt – können die Rassist*innen verdrängt werden! Ein Blick nach vorn.

Wenn das Leben ein Wunschkonzert wäre, würden sich die meisten wohl Diskriminierung, Rassismus, Ausgrenzung und Nazis weg wünschen. Sowohl im Allende-Viertel als auch überall sonst. Da wir alle aber nur zu gut wissen, dass es so nicht ist, müssen wir selbst aktiv werden, um Zustände, die wir für untragbar halten, zu verändern. Genau darum geht es uns auch in dieser Zeitung.

Wir zeigen uns solidarisch mit den Geflüchteten und gehen gegen Rassist*innen und Nazis im Allende-Viertel vor. Was wir erreichen wollen ist Aufmerksamkeit. Wir wollen Probleme benennen und Rassist*innen aus der Deckung holen. Es geht nicht darum, das Allende-Viertel als schlimmsten Ort in Berlin zu brandmarken – sondern darum über die Situation von Geflüchteten und Asylsuchenden aufzuklären und Unterstützung und Solidarität zu ermöglichen. Wir wollen nicht mehr hinnehmen, dass rassistischen Parolen gegen Geflüchtete auf Applaus und Zustimmung stoßen. Genauso wenig werden wir hinnehmen, wenn organisierte Nazis versuchen Hand in Hand mit Anwohner*innen Menschen nicht-deutscher Herkunft zu bedrohen und zu vertreiben und ihre körperliche Unversehrtheit verletzen. Diese Situation kann sich nur ändern, wenn wir uns gemeinsam engagieren. Denn die Abgren-

zung gegenüber Nazis und Rassist*innen, ihrer Ideologie und ihren Taten muss von Vielen kommen, damit es im Allende-Viertel unbequem für sie wird. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass sich im Allende-Viertel ein solidarisches Klima gegenüber den Geflüchteten entwickelt, die aufgrund der rassistischen deutschen Gesetze nicht selbst ihren Wohnort wählen dürfen, sondern gezwungen werden, in beengten Containerunterkünften zu leben. Wir müssen gemeinsam deutlich machen, dass ihr Angriff gegen die Geflüchteten ein Angriff gegen uns alle ist und gegen die Art des Zusammenlebens, die wir uns wünschen und für die wir uns einsetzen.

Denn: Nazis und Rassist*innen muss deutlich und sichtbar widersprochen werden, indem man sich auf die Seite derer stellt, die betroffen sind. Gemeinsam wollen wir eine solidarische Gemeinschaft im Allende-Viertel aufbauen, in der sich die Nachbarschaft vernetzt, gemeinsam aktiv ist und aufeinander achtet. Einen Kiez schaffen, in dem Ausgrenzung und Diskriminierung keine Chance haben und Vielfalt und Respekt im Mittelpunkt stehen. Nazis und Rassist*innen sollen sich unwohl fühlen und merken, dass sie nicht die Meinung der Mehrheit widerspiegeln. Dabei sollten alle mitmachen – solidarisch und beherzt.

Eine neue Unterkunft im Allende-Viertel

Zur Situation vor Ort in Berlin.

Am 20. Oktober gab die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales den kurzfristigen Bau von zunächst sechs sogenannten Containerdörfern in Berlin bekannt. Eine dieser für die Unterbringung von Asylsuchenden, Flüchtlingen sowie Wohnungslosen vorgesehenen Einrichtungen wird ab Ende Dezember hier im Allende II in Betrieb genommen. Neben der Sorge vor einer Verschlechterung der Wohnqualität haben viele Bürgerinnen und Bürger berechtigte Fragen zur Bauweise, Unterbringung, Beschulung und den Auswirkungen auf das soziale Umfeld vor Ort. Einige dieser Fragen können an dieser Stelle beantwortet werden.

WAS PASSIERT HIER?

Für rund 400 Menschen werden auf dem Grundstück Alfred-Randt-Straße 19 zwei je dreigeschossige Gebäude in Containerbauweise errichtet. Die Gebäude enthalten Wohnräume, Sanitäreinrichtungen, Aufenthaltsräume, ein Kinderspielzimmer sowie Räume für das Personal. Behindertengerechte Zugänge sind vorhanden. Im Außenbereich des Geländes sind ein Spielplatz, Müllentsorgungsplatz sowie Fahrradstellflächen vorgesehen.

Mit dem Betrieb wird der gemeinnützige Internationale Bund betraut. Zusätzlich werden Mittel aus dem Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren bereitgestellt, die die Stadtteilarbeit vor Ort unterstützen sollen. Einmal jährlich werden die Qualitätsstandards der Unterkünfte überprüft und eventuelle Mängel nach Vereinbarung behoben.

In Trägerschaft von offensiv'91 e.V. wird ein Runder Tisch gebildet. Daran sind die Schulen, Kitas, Seniorenheime, Jugendeinrichtungen sowie die Polizei und das Bezirksamt gemeinsam mit der Heimleitung beteiligt. Der RuTi organisiert gemeinsame Aktivitäten und versucht gegenseitiges Verständnis zu schaffen. Auch für Einzelpersonen werden Möglichkeiten geschaffen sich einzubringen.

WAS MACHEN DIE FLÜCHTLINGE? KITA, SCHULE, ARBEIT

In der Bundesrepublik gilt die allgemeine Schulpflicht. Deswegen müssen auch die neuen Kinder und Jugendlichen im Allende II zur Schule gehen. Dafür stellt der Senat Lehrkräfte ein, die in erster Linie Deutschkenntnisse in sogenannten „Willkommensklassen“ vermitteln werden. An der Müggelschloßchen-Schule und am Flatow-Gymnasium werden daher etwa ab Januar 2015 die ersten Kinder Deutsch lernen und bei guten Fortschritten auch in die Regelklassen integriert. Kleinkinder können Kitagutscheine erhalten. Ihre Eltern müssen sich jedoch um Kitaplätze kümmern, was angesichts einer recht angespannten Lage an Plätzen nicht einfach wird.

Erwachsene Flüchtlinge erhalten nach neun Monaten eine Arbeitserlaubnis. Einen Job bekommen sie jedoch nur, wenn für die jeweilige Arbeitsstelle kein deutscher Staatsbürger/ keine deutsche Staatsbürgerin oder Angehöriger eines anderen EU-Staates zur Verfügung steht. Weil die geltenden Gesetze den geflüchteten Menschen den Erwerb eines eigenen Einkommens also kaum ermöglicht, sind viele von staatlichen Leistungen abhängig. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Asylsuchende Sachleistungen (z. B. für Ernährung, Körperpflege und Gesundheit sowie ein monatliches Taschengeld) oder Geldleistungen. Der Regelsatz liegt unter dem für Arbeitslosengeld II und richtet sich u.a. nach dem Aufenthaltsstatus, dem Alter und dem Familienstand.

HÖHERE KRIMINALITÄT?

Gesetzesverstöße haben vorrangig wirtschaftliche und soziale Gründe. Geburtsort oder Herkunft spielen dabei keine Rolle. Die Schlussfolgerung, Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft seien krimineller als Deutsche, ist falsch. Verstöße gegen das rassistische Ausländer- und Asylrecht machen den größten Teil der Ermittlungsverfahren gegen „Nicht-deutsche“ aus. Deutsche können diese



Die neue Container-Unterkunft in der Alfred-Randt-Straße im Allendeviertel.

Straftaten nicht begehen (z.B. gegen die Residenzpflicht verstoßen). Nach Erkenntnissen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales und der Berliner Polizei stellt keine der derzeitigen Berliner Flüchtlingsunterkünfte einen Kriminalitätsschwerpunkt dar. Im Gegenteil: Es ist nirgends eine Erhöhung der Kriminalität festzustellen.

Es gibt auch keine Erkenntnisse darüber, dass es im Umfeld von Unterkünften zu „Vermüllung“ und „Belästigungen“ kommt. Stattdessen müssen vereinzelte rechtsextrem motivierte Straftaten gegen Unterkünfte verzeichnet werden. Bei Fragen oder Hinweisen steht der Polizeiabschnitt 66 zur Verfügung.

INSGESAM MEHR GEFLÜCHTETE IN BERLIN

Seit ein paar Jahren ist die Zahl der Geflüchteten wieder gestiegen. Deswegen öffnet das Land Berlin in allen Bezirken Unterkünfte, oft in ehemaligen Schulen, Kasernen und Verwaltungsgebäuden. Flüchtlinge müssen oft monatelang in diesen Unterkünften bleiben, weil der angespannte Wohnungsmarkt in Berlin den Bezug einer Wohnung kaum ermöglicht.

Inzwischen leben mehr als viermal so viele Flüchtlinge in Berlin als noch 2009. Diese Entwicklung wird durch seit langem schwelende Bürgerkriege oder die Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen in einigen Staaten ausgelöst. Mehr als 50 Millionen Men-

schen befinden sich weltweit auf der Flucht. Die meisten (80 Prozent) suchen in ihren unmittelbaren Nachbarländern Schutz, nur eine kleine Minderheit kommt nach Europa und dann auch nach Deutschland. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht und daher müssen diese Menschen vor Obdachlosigkeit geschützt werden.

TREPTOW-KÖPENICK NIMMT GEFLÜCHTETE AUF

In Berlin werden die Asylsuchenden auf die einzelnen Bezirke verteilt. In Treptow-Köpenick sind derzeit etwa 900 Asylsuchende in 4 Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Die Einrichtungen befinden sich in den Ortsteilen Niederschöneweide, Grünau, Köpenick sowie Adlershof und werden sowohl von gemeinnützigen, als auch kommerziellen Betreibern unterhalten. Für Sommer 2015 ist die Eröffnung einer weiteren dauerhaften Unterkunft in Hessewinkel geplant.

Zuständig für die Errichtung, den Betrieb, die Belegung und die Schließung von Gemeinschafts- und Notunterkünften sind die Senatsverwaltung und ihre nachgeordnete Behörde, das LAGeSo.

Wir stehen alle in der Verantwortung, gemeinsam Solidarität zu zeigen und Unterstützung anzubieten. Unser Motto sollte heißen: Refugees Welcome!

Wer war Alfred Randt?

Sie schlängelt sich um das Neubauviertel Allende II am Berliner Stadtrand: die Alfred-Randt-Straße. Benannt nach einem, der die Zustände seiner Zeit nicht hinnahm.

Alfred Randt wird am 16. September 1899 in Hermsdorf, das heute zum Bezirk Reinickendorf gehört, geboren. Der gelernte Schlosser lebte seit 1926 in Köpenick. Randt war ein einfacher Mann: Zeitweilig arbeitslos hielt er sich wohl auch mit Gelegenheitsjobs über Wasser. Er war politisch interessiert und gehörte dem Bund der Arbeiterfotografen und dem Roten Frontkämpferbund (RFB) an. 1928 wurde er Mitglied der Kommunistischen



Partei Deutschlands, die damals in Berlin und Köpenick einer der stärksten Parteien war. Für die KPD kassierte Randt die Beiträge im Kietzer Feld, wo er wohnte.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten arbeitete er illegal als Nachrichtenkurier. Doch im März 1939 wurde er verhaftet. Ein Jahr verbrachte er in Untersuchungshaft. Danach verurteilte ihn ein Gericht zu vier Jahren Zuchthaus. Doch nach Verbüßung der Strafe kam

Randt nicht frei. Die Nazis verschleppten Alfred Randt in das Konzentrationslager Sachsenhausen, wo sie ihn nur wenige Tage vor der Befreiung am 15. April 1945 ermordeten.

Ende der 70er wurde das „All2“ quasi in den Wald hinein gebaut. Und seit 1981 trägt die Straße den Namen von Alfred Randt, dieses von den Nazis ermordeten Widerstandskämpfers.

VVN-BDA KÖPENICK E.V.

Wohnungen für alle – statt Container für Flüchtlinge

Isolation und enge Sammellager ohne Privatsphäre prägen das Leben von geflüchteten Menschen. Eine menschenwürdige und angemessene Unterbringung ist das nicht.

Die geflüchteten Menschen, die in unserem Land Schutz suchen, haben Furchtbares hinter sich: Verfolgung, Krieg, bittere Armut, Hunger. Sie sind wochenlang unterwegs gewesen und haben ihr Leben riskiert. Doch statt eine Willkommenskultur zu schaffen, werden Flüchtlinge auf unabsehbare Zeit in Sammelunterkünften untergebracht, in denen viele Menschen zusammen leben und in großer Enge miteinander auskommen müssen. Sie haben keine Privatsphäre und bleiben ohne Information darüber, wie lange dieser Zustand der Unsicherheit andauern wird.

Das Menschenrecht auf einen Lebensstandard, der Gesundheit und Wohl gewährleistet, umfasst auch das Recht auf angemessenen Wohnraum. Doch davon kann bei den Wohncontainern in der Alfred-Randt-Strasse keine Rede sein. Die übereinandergestapelten Würfel aus Metall und Plaste, ohne Privatsphäre stellen keinen adäquaten Wohnraum für Menschen dar – ob geflüchtet oder nicht. Daran ändert auch ein wenig bunte Farbe an den Aussenwänden nichts.

Eine alternative Unterbringung von geflüchteten Menschen in Wohnungen wäre nicht nur mit geringeren Kosten verbunden, sondern würde auch eine Begegnung aller Beteiligten auf Augenhöhe erleichtern. Beides ist offenbar von der Politik nicht gewollt. Die Isolierung in Containern hingegen provoziert sowohl für Anwohner*innen als auch für Flüchtlinge enorme Hürden: Die in den Containern wohnenden Menschen werden abgeschottet und fühlen sich zwangsläufig als Fremde; aufgeschlossenen Menschen aus der Nachbarschaft wird ein Annähern und Willkommenheißen erschwert.

Der Berliner Senat hat es seit Jahren bewusst unterlassen adäquaten und ausreichenden Wohnraum für die Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen. Private Betreiber verdienen Geld mit der Versorgung von Geflüchteten in alten Kasernen oder Schulen. Dabei werden Mindeststandards unterlaufen und abgerechnete Leistungen nicht angeboten. Kontrollen von Seiten der zuständigen Behörde, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, finden kaum statt.

Menschen, die vor Krieg, Armut und Verfolgung aus ihrer Heimat fliehen mussten, brauchen unseren Schutz und gleichberechtigte Begegnungen. Angemessener Wohnraum ist ein wichtiger Schritt dorthin. Und das geht nur in Wohnungen, in unserer Nachbarschaft – als Nachbar*innen. Um dies zu realisieren, ist in Berlin eine Wohnungspolitik notwendig, die es sowohl Geflüchteten, als auch allen anderen Berliner*innen ermöglicht, bezahlbaren und angemessenen Wohnraum zu finden. Die Rekommunalisierung von Wohnungsbaugenos-

schaften, der Ausbau von sozialem Wohnungsbau, die Stärkung besonders schwacher sozialer Gruppen auf dem Wohnungsmarkt sind notwendige Bestandteile einer solchen Politik. Angemessener Wohnraum ist ein Menschenrecht – für Alle, also auch für Flüchtlinge.

Wohnraum zu schaffen, der Begegnungen mit Nachbar*innen ermöglicht und geflüchtete Menschen nicht in Lagerunterkünften isoliert, ist ein unerlässlicher Bestandteil einer Willkommenskultur. Wir Alle können dazu beitragen.

Kundgebung im Allende-Viertel: Willkommenskultur statt Ablehnung.



Proteste: Angst & Ohnmacht bei Geflüchteten

Mindestens dreimal mussten geflüchtete Menschen in diesem Jahr bereits Angst vor Angriffen auf die Sammelunterkunft Allendehaus haben.

Am 13. April 2014 folgten etwa 30 Anwohner*innen dem Aufruf einer rassistischen Bürgerinitiative gegen die Unterkunft. Bewohner der Einrichtung fühlten sich dabei von den Protestierenden bedroht. Diese fotografierten sie, warfen „Nein zum Heim“-Zettel auf das Grundstück der Sammelunterkunft und skandierten Parolen gegen die Einrichtung. Am Abend des 29. April zündeten zwei Männer eine Eingangstür der Unterkunft an und zeigten den Hitlergruß.

Gegenwärtig wird der Unmut in der Anwohnerschaft im Allende-Viertel über eine weitere Sammelunterkunft für Geflüchtete in Containern zum Teil von neonazistischen Protagonist*innen in rassistisches Agieren gegen geflüchtete Menschen kanalisiert.

Am Abend des 21. November 2014 sammelten sich über 400 Anwohner*innen, gemeinsam mit etwa 50 Personen der organisierten Neonaziszene im Allende-Viertel. Unter Sprechchören, wie „Wir wollen keine Asylanten-Heime“ oder „Reiß die Hütte



ab“ liefen sie an der Baustelle der neuen Unterkunft in der Alfred-Randt-Straße sowie am Allendehaus vorbei.

Dies hat die Bewohner*innen der Sammelunterkunft Allendehaus in wahre Panik versetzt, zumal die Security der Einrichtung alle aufgefordert hatte, ins oberste Stockwerk zu gehen.

Ehrenamtlich in der Unterkunft Tätige berichten, dass sie vorab am Telefon die Panik der Menschen gehört hätten, die nach oben rannten. Als sie vor Ort eintrafen, begegneten sie verweinten

Menschen und Bewohner*innen, die sich z.B. in ihren Räumen durch das Entfernen von Türklinken verschanzt bzw. einen Kleiderschrank zur Selbstverteidigung zerlegt hatten. Die Unterkunft wurde von der Hinterseite beworfen und vor dem Gebäude bedrohten Männer Neuankommlinge, bis die von der Security gerufene Polizei eintraf.

Beispielhaft für die Wirkung dieser Bedrohungen zitiert eine Unterstützerin einen aus dem Irak geflüchteten Mann: „Meine Frau wurde in meiner Heimat er-

mordet, mein Haus wurde zerbombt, ich bin der Gewalt und Angst entkommen und will zusammen mit meinem kleinen Kind hier in Frieden leben, und nun sind wir schon wieder bedroht und in Angst und Schrecken“.

Diese Beschreibungen erinnern an die Angst von Vietnames*innen vor 22 Jahren bei den Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen als das Haus, in dem sie wohnten, angezündet wurde und keine Hilfe kam, weil mehrere hundert randalierende Neonazis und applaudierende Anwohner*innen Polizei und Feuerwehr am Eingreifen hinderten. Sie waren verloren und konnten sich damals nur selbst retten, indem sie Türen zum Nachbarhaus aufbrachen und über das Dach entkamen.

Was wäre mit den sich verbarrikadierenden Bewohner*innen des Allendehauses und denen in der oberen Etage passiert, wenn das Gebäude von unten angezündet worden wäre?

Wo leben wir, dass Schutzsuchende nicht geschützt sondern bedroht werden und Angst um ihr Leben haben müssen?

Rassistische Brandanschläge in Deutschland

Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und deren Bewohner*innen häufen sich.

Viele Menschen befürchten eine Rückkehr der rassistischen Gewalt der 90er Jahre. Damals wurden in Hoya, Solingen, Mölln und in weiteren deutschen Städten Flüchtlingsunterkünfte von Neonazis angegriffen, während Bürger*innen applaudierten oder mitmachten. Flankiert wurde diese Gewalt von einer rassistischen Debatte, in deren Folge der Bundestag 1993 durch massive Einschränkungen die faktische Abschaffung des Asylrechts beschloss. Die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse sind zwar andere, die rassistische Gewalt gegen Geflüchtete nimmt jedoch wieder erschreckend zu. Die Amadeu Antonio Stiftung führt eine Chronik zu rassistischer Gewalt gegen Geflüchtete. In diesem Jahr gab es bundesweit bereits 80 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, in der ersten Jahreshälfte also mehr als im gesamten letzten Jahr (siehe Grafik), davon 24 Brandanschläge! Die folgende Aufzählung ist Teil der Chronik und verdeutlicht das Ausmaß der Gewalt auch in Berlin:

01.01.2014 HELLERSDORF
Unbekannte befestigen Böller-Batterien an den Türen der Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße. Deren Detonation beschädigt die Glasscheiben zweier Türflügel. Auch eine Kita, in der sich eine Unterstützungsgruppe der Geflüchteten trifft, wird auf gleiche Weise attackiert.

06.01.2014 HELLERSDORF
Zwei Männer und eine Frau randalieren in der Nacht zum Montag vor der Asylunterkunft. Zudem kleben sie Sticker mit rassistischen Slogans.

13.03.2014 HELLERSDORF
Als zwei jugendliche Flüchtlinge abends auf dem Rückweg zu der Flüchtlingsunterkunft in der Maxi-Wander-Straße sind, werden sie von sechs Unbekannten attackiert. Die Täter werfen sie mit Bierflaschen, doch die Flüchtlinge können sich unverletzt in die Unterkunft flüchten. Die Gruppe verfolgt sie und versucht in das Haus einzudringen. Dabei können sie von Bewohner*innen und dem Wachschutz abgewehrt werden, indem sie die Tür zuhalten und verriegeln.

27.03.2014 GRÜNAU
Ein Unbekannter schlägt um 4 Uhr morgens die Glasscheibe der Tür der Asylbewerberunterkunft in Grünau mit einem Ast ein. Ein Wachschützer überrascht den Täter, der sich dennoch in den nahegelegenen Wald flüchten kann.

27.03.2014 ADLERSHOF
In der Nähe der Flüchtlingsunterkunft werden rassistische Schmierereien, die sich gegen die Einrichtung richten, angebracht. Zudem tauchen insbesondere in Nähe von Schulen Flyer auf, die eine rassistische Petition gegen die Unterkunft der Geflüchteten bewerben.

19.04.2014 HELLERSDORF
Ein Mitarbeiter der Asylunterkunft in Berlin-Hellersdorf wird Samstagabend von zwei Personen rassistisch beleidigt. Die alarmierte Polizei kann in Nähe der Einrichtung die Täter festnehmen.

29.04.2014 KÖPENICK
Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Köpenick. Zwei Männer besprühen kurz vor 23 Uhr eine Notausgangstür aus Metall der Flüchtlingsunterkunft in der Salvador-Allende-Straße mit einer Flüssigkeit und zünden sie an. Einer der Täter zeigt dabei den Hitlergruß.

24.05.2014 HELLERSDORF
Eine Gruppe von Flüchtlingen wird im Zuge ihres Umzuges in ihre Unterkunft in der Carola-Neher-Straße sowohl am Bahnhof als auch vor dem Haus mit Beleidigungen und Drohungen von einer Ansammlung von Menschen empfangen. Einer der Asylsuchenden wird Opfer eines tätlichen Angriffs.

08.06.2014 HELLERSDORF
Ca. 35 Neonazis sammeln sich zu einer vermeintlich spontanen Demonstration und ziehen an Unterkunft für Flüchtlinge vorbei. Dort rufen sie den Bewohnern am Fenster „Spring doch, los, spring!“ und „Springt doch, Ihr Parasiten!“ zu.

18.09.2014 KÖPENICK
Gegen 21:30 Uhr werfen unbekannte Täter ein faustgroßes Betonstück gegen eine Balkontür der Asylunterkunft in der Salvador-Allende-Straße. Dabei geht eine Glasscheibe zu Bruch.

21.11.2014 KÖPENICK
Erneut findet in Berlin-Köpenick eine Demonstration gegen die Unterbringung Asylsuchender statt. Der Aufmarsch geht unmittelbar an der bestehenden Asylunterkunft vorbei, deren Bewohner*innen massiv bedroht wurden. Es fliegen Flaschen auf das Haus.

Die gesamte Chronik findet sich laufend aktualisiert unter:
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Was tun bei Übergriffen auf Andere?

1) *Vorbereitet sein*

Überlegen Sie sich eine Situation, in der ein Mensch belästigt, bedroht oder angegriffen wird. Was würden Sie in so einer Situation fühlen? Was würden Sie tun?

2) *Ruhig bleiben*

3) *Genau beobachten*

Angrifer*innen haben Angst wiedererkannt zu werden. Deshalb kann bereits das bloße Beobachten einer Situation für diese abschreckend sein. Merken Sie sich das Gesicht und die Kleidung der AngreiferInnen und ggf. ihre Fluchtrichtung.

4) *Sofort reagieren*

Reagieren Sie immer sofort, und warten Sie nicht darauf, dass jemand anderes hilft. Je länger Sie zögern, desto schwieriger wird es, einzugreifen.

5) *Aufmerksamkeit erzeugen*

Gehen Sie auf andere umstehende Personen zu und fordern Sie diese auf, Ihnen zu helfen. Sprechen Sie umstehende Personen direkt und persönlich an: „Sie im grünen Pullover, können Sie bitte das Zugpersonal rufen?“

6) *Hilfe holen*

In Verkehrsmitteln sagen sie dem*der Fahrer*in bescheid oder ziehen Sie die Notbremse. Auf der Straße: Schreien sie laut! Am besten „Feuer!“ – das erregt Aufmerksamkeit.

7) *Zur angegriffenen Person halten*

Nehmen Sie Blickkontakt zum*r Betroffenen auf. Das vermindert seine*ihre Angst. Sprechen Sie den*die Betroffene*n direkt an: „Ich helfe Ihnen!“

8) *Keine Gewalt anwenden*

Spielen Sie nicht den*die Held*in und begeben Sie sich nicht unnötig in Gefahr. Setzen Sie keine Waffen ein, diese führen häufig zur Eskalation. Fassen Sie die Angreifer*innen niemals an, sie können dann schnell aggressiv werden.

9) *Angreifer*innen nicht provozieren*

Duzen Sie die Angreifer*innen nicht, damit andere nicht denken, Sie würden sie kennen. Blicken Sie den Täter*innen fest ins Gesicht, aber nicht provozierend. Damit machen Sie klar, dass sie die Täter*innen später wieder erkennen können. Kritisieren Sie das Verhalten der Angreifer*innen, nicht aber ihre Person.

10) *Sich um den/die Betroffene-n kümmern*

Kümmern Sie sich um die Betroffene*n, während Sie auf die Polizei warten. Leisten Sie Erste Hilfe oder seelischen Beistand. Stellen Sie sich als Zeug*in zur Verfügung. ReachOut Berlin bietet Betroffenen und Zeug*innen rechter Gewalt Beratung und Unterstützung. Die Beratung ist kostenlos und auf Wunsch anonym und setzt keine Anzeigenerstattung bei der Polizei voraus. Die Berater*innen vor Ort orientieren sich an den Bedürfnissen der Betroffenen und helfen bei Bedarf weiter oder vermitteln an geeignete Stellen.
www.reachoutberlin.de

„Bürgerinitiativen“: Strategie der Neonazis

Immer wieder suchen NPD und andere Neonazis nach Strategien, verdeckt an Bürger*innen heranzutreten, um ihren Rassismus unverdächtiger platzieren zu können. Mit angeblichen Bürgerinitiativen gegen Flüchtlinge und Migrant*innen Stimmung zu machen, versuchen sie seit den 1980er Jahren. Erfolgreich sind die Neonazis mit dieser Strategie allerdings erst seit 2013.

Unter Slogans wie „Nein zum Heim“, „Gegen das Asylcontainerdorf“ oder als „Bürgerbewegung“ schafften es die Neonazis, an mehreren neuen Standorten für Flüchtlingsunterkünfte die Ängste der Bevölkerung zu kanalisieren und sie hinter ihren rassistischen Bannern zu vereinen. So etwa aktuell in Berlin-Buch, Marzahn und auch hier in Köpenick. Obwohl nicht alle dieser Initiativen ursprünglich von Neonazis ausgingen, so waren sie doch erfolgreich darin, maßgeblichen Einfluss auf die Proteste zu nehmen. Hier im Bezirk versuchten sie bis Oktober erfolglos offen als NPD oder getarnt als „Nein zum Heim Köpenick“ gegen die Asylunterkünfte in Grünau, Adlershof und im Allende-Viertel I die Anwohner*innen gegen Flüchtlinge auf die Straße zu bringen.

Auch gegen die geplante Container-Unterkunft in der Alfred-Randt-Straße versuchen sie wieder Proteste zu schüren. Parallel dazu entstand aber auch die Gruppe „Nein zum Containerdorf am Standort Allende II“ um Ingolf P., die zunächst eigenständig gegen die Einrichtung mobil machte. Die Neonazis witterten ihre Chance und taten sich mit den Organisator*innen zusammen. Maßgeblich sticht dabei der Marzahner NPD-Vorsitzende Andreas Käfer hervor, der bei fast jeder



Der Marzahner NPD-Vorsitzende Andreas Käfer tritt regelmäßig in Köpenick auch als Redner in Erscheinung.

Heimgegner*innenaktion koordinierend auffällt. So kam es auch, dass die erste Demonstration im Allende-Viertel zwar von der nicht einschlägig bekannten Judith R. angemeldet wurde, die Ordnerstruktur und das Fronttransparent jedoch Neonazis stellten, die garnicht aus dem Viertel stammten, sondern extra aus Berlin und Brandenburg angereist waren. Zum Abschluss konnten die NPD-Neonazis Sebastian Schmidtke und Udo Voigt sogar per Megafon das Wort ergreifen. Von den rund 400 Teilnehmenden waren mindestens 1/3 bekannte Neonazis, die Passant*innen und Pressevertreter*innen bedrohten. Ähnlich sah es beim Aufmarsch eine

Woche später aus, die Anmelderin Nadine L. wurde seitdem sogar zu Kooperationsgesprächen mit der Polizei von NPD-Funktionären wie Schmidtke und Käfer begleitet. Als die zweite Demonstration an der bestehenden Asylunterkunft im Allende I vorbeizog, warfen Teilnehmer*innen Flaschen auf das Gebäude.

STRATEGIE VON RECHTSAUSSEN

Oft geben sich die Neonazis in diesem Rahmen garnicht als solche zu erkennen, kleiden sich extra unauffällig. Mit Absicht, denn dahinter steckt eine Strategie. Die Vorgehensweise ist auch im Internet immer die gleiche: Eine vermeintlich überparteiliche „Bürgerinitiative“, als Sprachrohr besorgter Anwohner*innen, bringt rassistische und neonazistische Inhalte anonym über Facebook, ohne das Stigma des Neonazis, in breitere Kreise. Dabei verbreiten sie die immergleichen Lügen über Asylbewerber*innen, von „steigender Kriminalität“, „Hygieneproblemen“ und – an den Sozialneid der Anwohner*innen appellierend – von einer vermeintlichen Besserbehandlung der Flüchtlinge. So versuchen die Nazis Empörung und Ablehnung gegen die Unterkünfte zu erzeugen. Doch nicht nur Neonazis sind treibende Kräfte, auch andere Scharfmacher*innen

scheinen an einer Zuspitzung Interesse zu haben. So Mitglieder der Gruppe „Keine Asylheime gegenüber von Schulen!“ um den Betreiber einer Internetskneipe Jens R. Auf Flugblättern forderte die Gruppe neben der Unterbringung von Asylsuchenden in Kasernen am Stadtrand auch: „keine Asylkinder in Deutschen Klassen“ und „Asylheime gehören nicht in die Nähe von Kitas und Schulen“.

Zusammen mit Ingolf P. war Jens R. im Rahmen der Heimgegner*innen-Proteste am 28. November kurzzeitig von der Polizei festgenommen worden, da beide die Anwohner*innen zu Straftaten anstiften wollten. Auch bei dieser Aktion tat sich der NPD-Funktionär Käfer hervor.

Wichtig ist es, nicht allen Gerüchten und Behauptungen aus diesen Kreisen Glauben zu schenken, und auch bei möglicherweise berechtigter Kritik nicht mit denen gemeinsame Sache zu machen, die wieder ein Drittes Reich anstreben. Zudem sollten sich jede*r selbstkritisch hinterfragen, ob hinter der Ablehnung nicht auch rassistische Vorurteile stecken, ob es wirklich nur der Standort ist oder doch Asylbewerber*innen generell sind.

Menschen in Not brauchen unsere Unterstützung und keinen Hass aufgrund ihrer Herkunft.

Rassismus? Was ist das eigentlich?

Rassismus wird nicht nur von Nazis ausgeübt, sondern hat viele Gesichter.

Rassismus wird von Individuen und Gesellschaften bewusst oder unbewusst genutzt und bedeutet immer eine Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, oder ihres Aussehens und gleichzeitig auch die Privilegierung anderer Gruppen. Weil Rassismus sehr komplex ist und Menschen sehr Unterschiedliches damit meinen, ist die Auseinandersetzung mit ihm häufig von Missverständnissen und Emotionen geprägt.

Für die meisten Menschen in Deutschland ist Rassismus eng mit der Rassenideologie der Nationalsozialisten verbunden. Menschen wurden aufgrund biologischer Kriterien in unterschiedliche Gruppen eingeteilt, dabei spielte nicht nur die Herkunft, sondern auch das Gesicht, die Schädelform oder der Körperbau eine Rolle. Den unterschiedlichen Gruppen wurden positive

und negative Merkmale zugeschrieben und diejenigen, die als „Untermenschen“ klassifiziert wurden, wurden in Zwangsarbeit versklavt oder ermordet. Damit möchte heute niemand mehr in Verbindung gebracht werden und deshalb ist es mitunter schwer, die aktuelle Dimension von Rassismus zu thematisieren.

Jenseits des NS-Rassismus, beschreibt Rassismus ein gesellschaftliches Machtverhältnis, in dem bestimmte Gruppen aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Herkunft schlechter gestellt sind als andere. Dies wird von denjenigen, die nicht davon betroffen sind, oft nicht wahrgenommen und ist für sie ganz normal. Ein simples Beispiel: Wenn eine deutsche Familie, die einen deutschen Namen hat und eine helle Hautfarbe, eine Wohnung sucht, hat sie bessere Chancen, eine Wohnung zu bekommen,

als eine Familie mit türkischem Namen oder dunkler Hautfarbe. Diese Ungleichbehandlung gibt es auf dem Wohnungsmarkt, im Bildungssystem, im Gesundheitssystem, auf dem Arbeitsmarkt oder beim Kontakt mit Behörden. Sie ist für all diejenigen, die nicht davon betroffen sind, nicht sichtbar, sie erklären die Betroffenen zu Menschen, die kulturell anders und empfindlich seien oder sich nicht integrieren wollen würden. Aber jeder Mensch möchte so gut wie möglich leben, wenn man Menschen Bildung ermöglicht, nutzen sie sie. Wenn man Menschen gute Wohnungen zu fairen Preisen anbietet, ziehen sie dort gern ein und wenn man sie wählen lässt, interessieren sie sich für Politik.

Rassismus ist nicht nur die schlechte Meinung einzelner Menschen gegenüber den baldigen Nachbarn im „Containerdorf“, sondern eine gesell-



schaftliche Realität, die uns alle umgibt, die wir mal mehr, mal weniger wahrnehmen können. Es geht hierbei nicht darum, wer gut oder böse ist, sondern darum offen zu sein für Veränderung. Wer etwas ändern will, sollte sich Gedanken darüber machen, welche Privilegien einem selbst zustehen, während Andere davon ausgeschlossen sind.

Mitgefühl für diejenigen, die angeblich so anders sind, kann helfen, die Realität mit anderen Augen zu sehen.

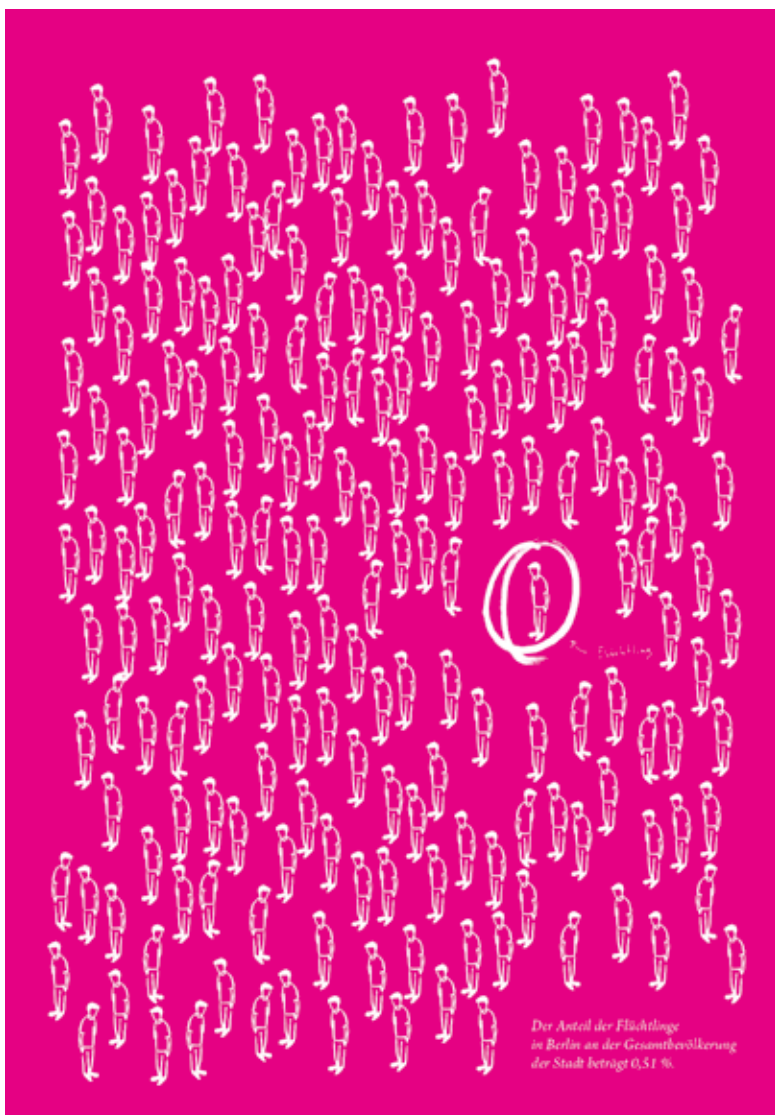
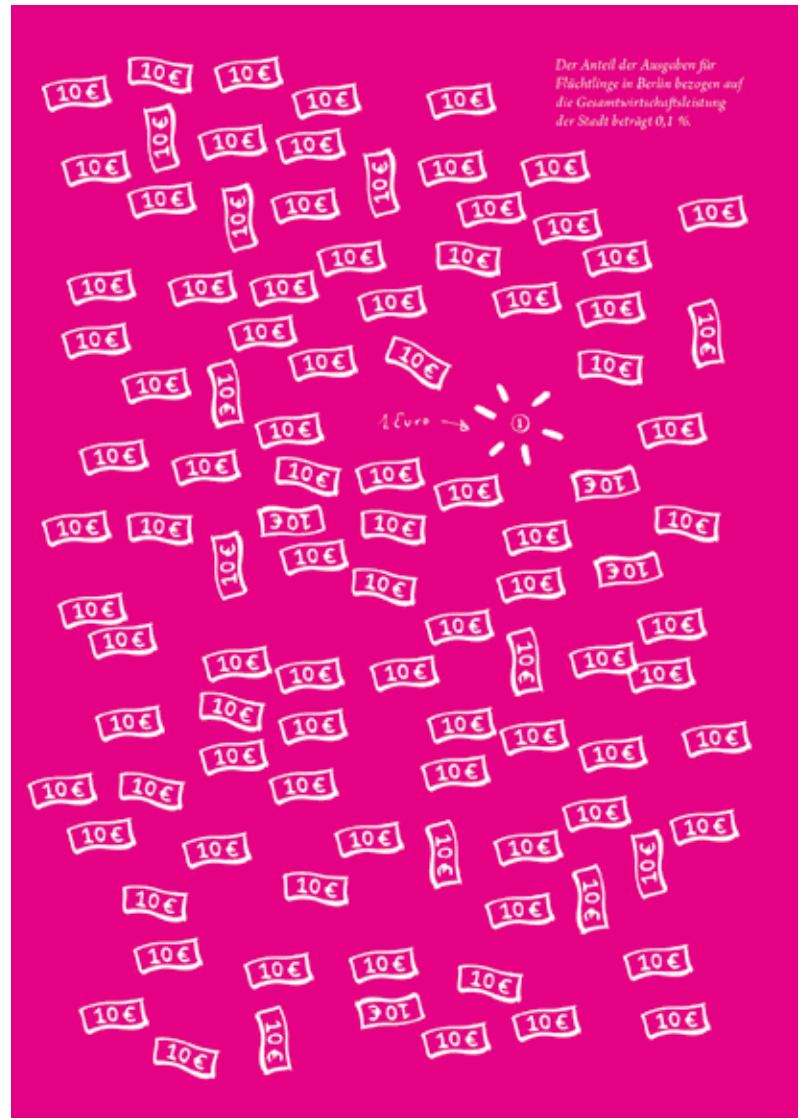
Fakten zu Asylverfahren

Menschen, die sich im Asylverfahren befinden, werden Asylsuchende genannt. In diesem werden die Zulässigkeit des Antrags (der Großteil der Menschen wird in das Land zurückgeschickt, über das sie die EU als erstes betreten haben) und danach die Fluchtgründe geprüft.

In den ersten neun Monaten des Aufenthalts ist das Arbeiten verboten, danach stark eingeschränkt. Die staatlichen Sozialleistungen sind niedriger als für Deutsche. Statt Geld erhalten Flüchtlinge, je nach Bundesland, vor allem Sachleistungen (Unterbringung im Heim, Gutscheine, Lebensmittel-

oder Hygienepakete, gesundheitliche Notversorgung), die noch weiter gekürzt werden können.

Flüchtlinge müssen außerdem in den ihnen zugewiesenen Unterkünften wohnen und dürfen ihren Aufenthaltsort nicht ohne besondere Erlaubnis verlassen. Diese Beschränkung heißt Residenzpflicht. Fazit: Ziel der Asyl-Gesetze ist es nicht, Schutzsuchenden ein normales Leben hier zu ermöglichen, sondern sie von der Flucht nach Deutschland abzuschrecken bzw. ihnen das Leben hier so unangenehm wie möglich zu machen.



Ich will was machen, aber wie?

In Gesprächen mit Nachbar*innen werden verschiedene Ansichten in Bezug auf die neue Unterkunft für Asylsuchende und geflüchtete Menschen im Allende-Viertel ausgetauscht. Den meisten Menschen ist die Eröffnung egal, einige wollen die Neankömmlinge unterstützen, andere haben Angst und wiederum andere sind strikt gegen die Unterkunft im Allende-Viertel.

Vielen fehlt es an konkreten Informationen und Argumenten – das lässt sich ändern. Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung haben drei Publikationen herausgegeben, die die gängigsten Vorurteile und Argumentationen behandeln und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

„Pro Menschenrechte. Contra Vorurteile.“ listet Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge auf.

„Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge“ zeigt, wie rechte Hetze funktioniert und wie man ihr etwas entgegensetzen kann.

„Flüchtlinge Willkommen heißen“ skizziert, wie Willkommenskultur gemeinsam gestaltet werden kann.#

Alle drei Publikationen und weitere Informationen gibt es unter: www.amadeu-antonio-stiftung.de oder www.proasyl.de



UFFMUCKEN gegen Nazis - in Schöneweide, Allende-Viertel und ...!

Eine Initiative stellt sich vor.

Proteste gegen Flüchtlingsheime sind selten allein von Anwohner*innen getragen. Hinter den Berlinweit vernetzten Initiativen stehen organisierte Neonazis und die NPD, die Heimgegner*innen anstacheln und rassistische Vorurteile anheizen wollen (siehe Artikel in dieser Zeitung).

Genau deswegen ist es notwendig, dass sich Initiativen wie UFFMUCKEN offen gegen rechte Strukturen engagieren. Wenn es nicht nur darum geht, eine Willkommenskultur herzustellen und in Gesprächen Vorurteile abzubauen, sondern wenn man sich organisierten Neonazis entgegenstellen muss, dann ist UFFMUCKEN vor Ort.

Anlass für die Gründung der Initiative war die etablierte Nazi-Szene in Berlin-Schöneweide. Um den bestehenden Nazi-Strukturen dort etwas entgegenzusetzen, hat sich Anfang 2012 die Initiative UFFMUCKEN gegründet. Dafür haben sich alternative Jugendliche und verschiedenste Initiativen mit dem Ziel zusammengeschlossen, durch eine bunte und lebendige (Gegen-)Kultur dem braunen Treiben und alltäglichen Rassismus auf der Straße ein Ende zu bereiten. UFFMUCKEN will informieren und Öffentlichkeit herstellen, antifaschistische Akti-

vitäten vernetzen und Druck erzeugen, um die Nazis endlich aus den Kiezen zu verdrängen. Dabei geht es auch um ein politisches Signal: Schöneweide ist unser Kiez – und unser Kiez soll nazifrei werden!

Jüngste Erfolge des öffentlichen Drucks: Im Frühjahr 2014 musste der Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke sein Geschäft („Hexogen“) in der Brückenstraße aufgeben, in dem „alles für den Aktivist*in“ verkauft wurde. Ebenso wurde der berlinweite Neonazi-Treffpunkt, die Kneipe „Zum Henker“, nach massiven Protesten geschlossen.

... JETZT GEHT ES UMS ALLENDE-VIERTEL!

Seit 2013 engagiert sich UFFMUCKEN auch verstärkt gegen Rassismus im Zusammenhang mit der Eröffnung von Sammelunterkünften für Geflüchtete im Bezirk Treptow-Köpenick. Es geht uns darum, eine solidarische Willkommenskultur zu etablieren, wenn Menschen vor Not und Vertreibung fliehen. Rassistischer Ausgrenzung und menschenverachtender Hetze setzen wir Akzeptanz und ein respektvolles Miteinander entgegen. Dafür engagieren wir uns beim Aufbau von Deutschkursen für Geflüchtete, gemeinsamen



Solidarität mit Geflüchteten: Ende dieses Jahres protestierte UFFMUCKEN in Köpenick mehrfach gegen Rassismus.

Festen oder Kinobesuchen. Wir protestieren, wenn „Nein zum Heim“-Kampagnen oder die NPD (wie im Zuge der Europawahl 2014) aktiv sind oder Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte geschehen. Und wir treten gegen eine rassistische staatliche Asylpraxis, gegen Abschiebungen und diskriminierende Polizeikontrollen, denen Geflüchtete ausgesetzt sind, ein. Dabei sehen wir uns als Partner*innen allerer, die nicht auf die NPD und rassistische Anwohner*innen-Initiativen

hereinfallen. Wir stehen mit denen zusammen, für die Asyl ein Menschenrecht ist und die sich in ihrem Ortsteil für eine lebendige Willkommenskultur einsetzen.

UFFMUCKEN will verändern. Hier und Jetzt. Unser Ziel ist ein schönes Leben für Alle.

Mehr Infos zu UFFMUCKEN gibt es unter: www.uffmucken-schoeneweide.de Erreichbar ist die Initiative per E-Mail: info@uffmucken-schoeneweide.de

Aktiv werden – so geht's

Sie wollen helfen eine positive Willkommenskultur im Allende-Viertel zu schaffen?

Den Geflüchteten in der Unterkunft konkret zu helfen ist eine Möglichkeit. Ebenso wichtig ist es aber auch, „Nein“ zu sagen, wenn mal wieder rassistische Sprüche fallen – sich einzumischen und Gesicht zu zeigen. Machen Sie auch Anderen klar, dass Rassismus und nazistisches Gedankengut in einer solidarischen Gesellschaft keinen Platz haben.

INFORMIEREN & VERNETZEN!

Im Wohngebietszentrum Allende I (WGZ) gibt's eine regelmäßige Stadtteil-Sprechstunde für Anwohner*innen: immer dienstags 10 – 11.30 Uhr sowie donnerstags 16 – 17.30 Uhr.

Besuchsadresse: Wohngebietszentrum Allende I (WGZ), Pablo-Neruda-Str. 12-13, 12559 Berlin
Email: wgz@offensiv91.de
Tel.: 030 60 03 30 10

www.offensiv91.de

PRAKTISCH UNTERSTÜTZEN!

Die AG Flucht und Menschenrechte will praktische Hilfe für Flüchtlinge leisten: sie zu Beratungsstellen vermitteln, bei der Wohnungssuche helfen oder zu Arztterminen begleiten. „Wer gemeinsam mit uns die neuen Nachbarn Willkommen heißen will, neugierig ist, sie kennenzulernen, wer sie unterstützen möchte, ist herzlich Willkommen bei uns mitzuarbeiten.“

arbeitsgruppefluchtundmenschenrechte.wordpress.com

SPRACHKURSE ANBIETEN!

Der Berliner Verein Multitude e.V. koordiniert ehrenamtliche Deutschkurse für Flüchtlinge. Auch in Köpenick gibt es seit langem engagierte Menschen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten zu unterstützen. Helfen Sie mit auf einfachem Wege die deutsche Sprache zu vermitteln. Das trägt dazu bei die alltäglichen Hürden zu überwinden, gleichberechtigte Kooperation und Interaktion auf Augenhöhe zu fördern.

multitude_tk@riseup.net
www.multitude-berlin.de

BEGEGNUNG ERMÖGLICHEN!

In der Initiative „Allende 2 hilft!“ haben sich Anwohner*innen zusammengefunden, um positiv für eine Willkommenskultur zu werben und das Miteinander im Kiez zu fördern. Das sagt die Ini über sich selbst: „Wir wohnen hier und wir werden nun gemeinsam mit vielen sozialen Einrichtungen aktiv. Also schließen Sie sich uns an!“

koepenickhilft.wordpress.com

Weiterführende Beratungsangebote

REACHOUT

Beratung für Opfer rassistischer Gewalt
www.reachoutberlin.de

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN

Netzwerk für die Rechte von Flüchtlingen
www.fluechtlingsrat-berlin.de

ZENTRUM FÜR DEMOKRATIE KÖPENICK

www.zentrum-fuer-demokratie.de

MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS BERLIN

www.mbr-berlin.de